

Anlage 1



**CDU** KREISTAGSFRAKTION  
RHEINGAU-TAUNUS

**Freie  
Demokraten**

Rheingau-  
Taunus **FDP**

27. Mai 2020

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden  
Klaus-Peter Willsch  
Heimbacher Str.7  
65307 Bad Schwalbach

fn 02/06/2020

**Änderungsantrag zu TOP III.2 „Jobticket“  
Antrag zu TOP II.29 „Home-Office/Mobile-Working“**

Sehr geehrter Herr Willsch,  
die CDU- und die FDP-Kreistagsfraktion beantragen folgendes:

1. Die Beratung des TOPs III.2 „Einführung eines kostenfreien Job-Tickets-Variante Premium – für alle Beschäftigten und Bediensteten des Rheingau-Taunus-Kreises“ wird um ein Jahr (2021) verschoben.
2. Die für das Jobticket mit einem Sperrvermerk eingeplanten Haushaltsmittel in Höhe von 80.000€ werden für die Einrichtung und Beschaffung einer adäquaten Mobile-Working/ Home-Office-Ausstattung veranschlagt.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, zeitnah in Zusammenarbeit mit dem Personalrat ein diesbezügliches Konzept, ggf. zuerst einmal als Modellprojekt, zu erarbeiten.

Begründung

Da aufgrund der aktuellen Corona-Situation der tatsächliche Teilnehmerkreis des Jobtickets in seinem ursprünglichen Gedanken, dieses Ticket vor allem für den Weg zur Arbeit zu nutzen, sowie aufgrund der hinzukommenden schlechten ÖPNV-Anbindung an das Kreishaus eher rückläufig sein wird, wird beantragt, die hierfür vorhanden Haushaltsmittel für eine adäquate Home-Office/Mobil-Working-Ausstattung zu verausgaben. Tatsächlich stellt sich die Frage (siehe Beantwortung der kleinen Anfrage seitens der CDU-Fraktion „Home-Office/Mobile-Working TOP II.29), ob durch moderne Arbeitsanreize wie bpsw. Mobile-Working- oder Home-Office-Möglichkeiten derzeit in der aktuellen Situation (Risikopatienten,

Kinderbetreuung) den Mitarbeitern der Kreisverwaltung eher geholfen wäre, wobei auch zukünftig der Rheingau-Taunus-Kreis hiervon profitieren könnte. Vor allem die dadurch entstehende stärkere Flexibilität der Mitarbeiter, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die durchaus deutlichere CO2-Bilanz, da die Wege zur Arbeit weg fallen, sind für einen modernen Arbeitgeber essentielle Anreize, die geschaffen werden sollten. Der Antrag zielt zunächst jedoch darauf ab, der aktuellen Pandemie-Situation zu begegnen und dementsprechend die Beratung zu dem Thema Jobticket um ein Jahr zu verschieben, aber zugleich für die momentane Situation bzgl. der wichtigen Home-Office/Mobile-Working-Ausstattung zu investieren.

Deshalb ist es auch angebracht, eine erste Konzeption als Modellprojekt zu erarbeiten.



André Stolz  
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion



Stefan Müller  
Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion